

Sträubinger Tagblatt

Straubinger Zeitung / Straubinger Anzeiger · Gegründet 1860

Nummer 166

Laurentius von Brindisi, Daniel – Dienstag, 21. Juli 2020 – John Eliot

1,50 € / B 6527 A

LOKALES

Neuer Oberstaatsanwalt will Straftäter rasch vor Gericht bringen **23**

REGIONALES

Digitalisierung im Stall: Smartphone und Tablet helfen Landwirten **11**

DIE SEITE DREI

Eine Niederbayerin sitzt monatelang wegen Corona auf Neuseeland fest

WIRTSCHAFT

Von 325 bis 1580 Euro – Azubigehälter klaffen weit auseinander **7**

SPORT

Fan-Ultras contra Hoeneß: „Für wen ist der Fußball da?“ **35**

Wirecard: Regierung gerät in Erklärungsnot

Berlin/München/Moskau. (dpa) Der mutmaßliche Betrugsskandal beim Dax-Konzern Wirecard bringt die Bundesregierung zunehmend in Erklärungsnot. Bei einer Sondersitzung des Finanzausschusses sollen sich Finanzminister Olaf Scholz (SPD) und Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) am 29. Juli im Bundestag Fragen dazu stellen. In der Opposition hieß es, dies sei die letzte Gelegenheit, alle Fakten auf den Tisch zu legen – ansonsten führe an einem Untersuchungsausschuss kein Weg vorbei.

Zentrale Fragen sind, wann genau die Bundesregierung von den Vorgängen bei Wirecard wusste und ob sie zu wenig dagegen unternommen hat. Der Dax-Konzern aus dem Münchner Vorort Aschheim hatte im Juni zuerst Luftbuchungen in Höhe von mutmaßlich 1,9 Milliarden Euro eingeräumt und wenig später Insolvenz angemeldet.

Der spurlos verschwundene frühere Vertriebschef des Konzerns ist laut Handelsblatt möglicherweise in Russland untergetaucht – doch der Kreml weiß nach eigenen Angaben von nichts. Dem Bericht zufolge könnte sich der österreichische Manager Jan Marsalek nach Russland abgesetzt haben und auf einem Anwesen westlich von Moskau unter Aufsicht des Militärgeschwader GRU untergebracht sein. ▶ Seite 4



Der mutmaßliche Betrugsskandal beim Dax-Konzern wird Thema einer Sondersitzung des Finanzausschusses im Bundestag. Archivfoto: Sven Hoppe/dpa

Erster Durchbruch bei EU-Gipfel

Statt 500 Milliarden Euro soll es nur noch 390 Milliarden Euro an Zuschüssen geben

Brüssel. (dpa) Im EU-Streit über das milliardenschwere Finanzpaket gegen die Corona-Wirtschaftskrise ist ein erster großer Streitpunkt ausgeräumt: Die EU-Länder seien sich einig, statt 500 Milliarden Euro nur 390 Milliarden Euro an Zuschüssen einzuplanen, bestätigten EU-Vertreter und Diplomaten am Montag in Brüssel.

Diese Corona-Hilfen fallen damit deutlich kleiner aus als von Deutschland und Frankreich gefordert. Und es ist nur ein Teil des Gesamtpakets, um das am vierten Gipfeltag immer noch gerungen wurde. Es wurde eine weitere lange Verhandlungsnacht erwartet.

Dafür legte EU-Ratschef Charles Michel nach eigenen Angaben den 27 EU-Staaten am Montagabend einen umfassenden neuen Kompromissvorschlag vor, die sogenannte Verhandlungsbox. Diese sei Ergebnis unglaublich intensiver Gespräche mit allen Beteiligten und „die Frucht kollektiver Arbeit“, sagte der Belgier. Zwar seien die letzten Schritte immer die schwierigsten. Aber: „Ich bin überzeugt, dass eine Einigung möglich ist.“

Vorsichtiger Optimismus

Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte sich zuvor schon vorsichtig optimistisch gezeigt. „Wir haben gestern Nacht nach langer Verhandlung einen Rahmen für eine mögliche Einigung erarbeitet. Das ist ein Fortschritt“, sagte die CDU-Politikerin. Wie Merkel warnte der französische Präsident Emmanuel Macron aber, das große Finanzpaket sei noch nicht in trockenen Tüchern.

Es geht um den Plan, die Wirtschaftskrise nach der Corona-Pan-



„Es war klar, dass es unglaublich harte Verhandlungen gibt“, sagt Angela Merkel.

Foto: Francois Lenoir/Reuters Pool/AP/dpa

demie mit einem gemeinsamen EU-Konjunktur- und Investitionsprogramm im Umfang von 750 Milliarden Euro zu bekämpfen. Das wird im Paket verhandelt mit dem nächsten siebenjährigen EU-Haushaltsrahmen im Umfang von mehr als 1000 Milliarden Euro.

Nach drei teils sehr schwierigen Verhandlungstagen hatte Ratschef Michel am frühen Montagmorgen ausreichend Fortschritte festgestellt, um für den Nachmittag den neuen Verhandlungsvorschlag anzukündigen. Der zentrale Baustein sei aber bereits Konsens, sagten mehrere Diplomaten und EU-Vertreter: die Verringerung der Zuschüsse aus dem Hilfsprogramm

von ursprünglich geplanten 500 Milliarden Euro auf 390 Milliarden.

Um diesen Punkt war schier endlos gerungen worden zwischen den südlichen EU-Staaten Italien und Spanien, die auf die Hilfen stark angewiesen sind, und den „sparsamen“ Ländern Österreich, die Niederlande, Schweden, Dänemark und Finnland. Deutschland und Frankreich waren ursprünglich ebenfalls für 500 Milliarden Euro und hatten sich lange gewehrt, unter 400 Milliarden Euro zu gehen.

Trotz dieser ersten Einigung äußerten sich die Beteiligten vorsichtig. Ein EU-Diplomat sagte, es blieben noch viele Debatten, so etwa über neue Finanzquellen der EU,

die Finanzierung von Klimaschutz, Migration, Verteidigung, Agrar sowie der Mechanismus zur Sicherung der Rechtsstaatlichkeit.

Merkel hat eine Vermittlerrolle, weil Deutschland seit 1. Juli den Vorsitz der 27 EU-Staaten führt. Sie sagte: „Es war klar, dass es unglaublich harte Verhandlungen gibt. Die werden sich auch heute noch fortsetzen.“ EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) sagte: „Wir haben es noch nicht geschafft, aber die Dinge gehen in die richtige Richtung.“ Frankreichs Präsident Macron warnte vor allzu großem Optimismus und sagte, er bleibe extrem vorsichtig.

▶ Seite 5/Kommentar Seite 2

Schüler renovierten ihre Schule

Zeit des Lockdowns wurde auf der tansanischen Insel Pemba effektiv genutzt

Straubing-Bogen. (ta) Schüler und ehemalige Schüler der Connecting Continents Schule auf der tansanischen Insel Pemba haben die Zeit des Lockdowns dazu genutzt, ihre Schule zu renovieren. Die angefangenen Arbeiten bei der Sanierung des Lehrerbungalows und des Lehrerzimmers und der Mädchen-toilette wurden weitergeführt.

Josef Gold, Vorsitzender des Kirchrother Vereins Connecting Continents, der die Schule unterhält, schickte den Schülern jeden Tag auf dem Computer die Anleitungen zu den Arbeiten.

Er ist sichtlich stolz auf die Schüler: „Mit der Arbeit haben die jungen Menschen Eigenverantwortung übernommen“, sagt Gold. Mit Recht könnten die Schüler stolz auf ihre handwerklichen Fähigkeiten sein. Unterstützt wurden sie vom Hausmeister und einigen Lehrern. Die ebenfalls vom Verein aufgebaute Dentalklinik hat während des



Schüler und ehemalige Schüler der Connecting Continents Schule auf Pemba halfen zusammen, um die Schule zu renovieren. Foto: Josef Gold

Lockdowns nur Notfälle behandelt. Nach der Wiederöffnung stehen die Menschen nun Schlange, um sich behandeln zu lassen. Als nächstes Projekt will der Verein einen Trink-

wasserbrunnen für das Dorf Mgoni mit 1000 Einwohnern bauen.

Denn nur zwei Liter Wasser hat eine Familie täglich bislang zur Verfügung. ▶ Seite 13

Sperrstunde soll Krawallen vorbeugen

Frankfurt. (dpa) Mit einer Sperrstunde am Opernplatz will die Stadt Frankfurt am Main einer Eskalation von Partynächten wie am Wochenende vorbeugen. Künftig gelte Freitag und Samstag von null Uhr an ein Betretungsverbot für den Opernplatz, sagte Sicherheitsdezernent Markus Frank (CDU) am Montag nach einer Sicherheitskonferenz unter anderem mit Polizeipräsident Gerhard Bereswill.

Um ein Uhr nachts soll der Platz dann geräumt sein. Für friedliche Nachtschwärmer solle so ausreichende Zeit sein, sich zu verabschieden, für auswärtige Störer hingegen ein klares Signal gesetzt werden, „dass es sich nicht lohnt, nach Frankfurt reinzufahren“.

In der Nacht zum Sonntag war es auf dem Opernplatz zu Ausschreitungen gekommen. Laut Bereswill wurden die Einsatzkräfte aus der Menge mit Flaschen angegriffen, obwohl sie deeskalierend gehandelt hätten. Mindestens fünf Beamte seien verletzt. ▶ Panorama

WETTER

Heute



27 | 12

Morgen



26 | 13

Ausführliches Wetter ▶ Seite 10

Rätsel ▶ Seite 8

TV-Programm ▶ Seite 42

Kindernachrichten ▶ Seite 33/34

Internet: www.idowa.de

Anzeigenservice • 09421/940 6200



Vertriebsservice • 09421/940 6400